

# Schweden

Tobias Etzold/Charlotte Wenner

Anders als die meisten europäischen Länder wählte die schwedische Regierung einen weniger restriktiven Kurs bei der Bekämpfung der Covid-19-Pandemie und setzte mehr auf Empfehlungen denn auf Verbote. Die Zahl der Infektionen und Toten durch die Pandemie war jedoch hoch. Zuvor war das Land von eskalierender Bandengewalt in Atem gehalten worden. Auf der europapolitischen Agenda Schwedens blieben die Themen Klima, mehrjähriger Finanzrahmen (MFR) und Brexit weiterhin von Bedeutung. Schweden schloss sich den sogenannten „Sparsamen Vier“ an, die sich in den Verhandlungen über den MFR und den Wiederaufplan der EU als Reaktion auf die Covid-19-Pandemie auf eine harte Linie stellten.

## Covid-19-Pandemie

Der schwedische Umgang mit der Covid-19-Pandemie sorgte international immer wieder für Schlagzeilen, da er sich deutlich von den gewählten Strategien anderer Länder unterschied. Die Regierung wollte die Bevölkerung möglichst wenig einschränken und zugleich das Gesundheitssystem nicht überfordern. Dieser Entschluss gründete in der Strategie, dass die Gefahr durch das Virus bestehen wird, bis ein Impfstoff bereitgestellt werden kann und dass bis dahin der einzige Weg eine möglichst flächendeckende Herdenimmunität darstelle. Bei zu großen Einschränkungen über einen längeren Zeitraum bestehe die Gefahr, dass die Akzeptanz der Bevölkerung dafür mit der Zeit verloren geht. Die Behörde für öffentliche Gesundheit (Folkhälsomyndigheten) gab somit vorwiegend Empfehlungen heraus. Lediglich Veranstaltungen mit mehr als 500 Teilnehmenden wurden ab dem 11. März 2020 verboten; Ende März wurde die Zahl auf 50 herabgesetzt, gleichzeitig wurden Besuche in Altersheimen untersagt. Cafés und Restaurants blieben durchgängig unter der Einführung von Abstandsregelungen offen, genauso wie Kindergärten und Schulen bis zur neunten Klasse. Dagegen wurde dazu aufgerufen, wenn möglich von Zuhause zu arbeiten. Auch touristische Reisen innerhalb des Landes waren zugelassen, obwohl der Bevölkerung geraten wurde, viel besuchte Orte zu meiden und von nicht notwendigen Reisen abzusehen. Im Gegensatz zu anderen Ländern war eine Einreise aus Ländern der EU und dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) jederzeit möglich; eine Quarantänepflicht bestand nicht.<sup>1</sup>

Ministerpräsident Stefan Löfven appellierte immer wieder an den Menschenverstand der Bevölkerung und an die Verantwortung, die jeder einzelne zu tragen habe. Zentrales Element des schwedischen Wegs war, die negativen Effekte für Gesellschaft und die öffentliche Gesundheit so gering wie möglich zu halten, weshalb eine ständige Abwägung dieser Faktoren gegenüber den Maßnahmen zur Eingrenzung des Virus getroffen wurde.<sup>2</sup> Besonders viel Aufmerksamkeit kam der Behörde für öffentliche Gesundheit und dem Staatsepidemiologen Anders Tegnell zu, der primär verantwortlich für den schwedischen

---

1 Folkhälsomyndigheten: Frågor och svar om covid-19 (coronavirus), 2020, abrufbar unter: <https://www.folkhalsomyndigheten.se/smittskydd-beredskap/utbrott/aktuella-utbrott/covid-19/fragor-och-svar/> (letzter Zugriff: 24.7.2020).

Weg zeichnet. Trotz Kritik und einer im Vergleich zu anderen Ländern hohen Letalitätsrate verteidigte Tegnell die schwedische Strategie. Gleichzeitig sah er aber auch Verbesserungspotenzial, wie ein schnelleres Agieren vor allem zu Beginn der Pandemie, eine deutlich höhere Anzahl an Tests und einen besseren Schutz der Altenheime. Dort lebte die Hälfte aller Toten über 70. Bereits Anfang April 2020 waren in jedem vierten Altenheim in Stockholm Covid-19-Fälle verzeichnet worden.<sup>3</sup> Stand Mitte Juni 2020 war die Gesamtzahl der Infektionen mit 472 und die der Todesfälle mit 47 pro 100.000 Einwohner (bei knapp 10 Mio. Einwohnern) in Schweden im europäischen und internationalen Vergleich hoch.

Der Kurs der schwedischen Regierung und der Behörde für öffentliche Gesundheit führte zu einem Vertrauensanstieg der Bevölkerung in diese Organe. So gaben Ende April 2020 fast drei Viertel der Befragten in einer Novus-Umfrage an, ein hohes oder sehr hohes Vertrauen in die Behörde zu haben, im Vergleich zu nicht einmal zwei Dritteln einen Monat zuvor. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich das Vertrauen in die Regierung um 20 auf über 60 Prozent.<sup>4</sup> Das Vertrauen in das Handeln der Regierung spiegelt sich zum Teil in den Wählerumfragen wider. Die Regierungspartei der Sozialdemokraten von Ministerpräsident Löfven konnte seit Februar 2020 mehr als 7 Prozent gewinnen, aber auch die oppositionelle Moderate Sammlingspartei machte fast 3 Prozent gut. Verloren hingegen haben die rechtspopulistischen Schwedendemokraten. Im Dezember 2019 waren sie in Umfragen erstmals knapp stärkste Partei, mittlerweile liegen sie mit 18,4 Prozent wieder deutlich hinter den Sozialdemokraten und knapp hinter der Moderaten Sammlingspartei. Auch die kleinen Parteien verzeichneten allesamt Verluste.<sup>5</sup>

Im Kontext der Krise wurden auch in Schweden einige Änderungen im Haushaltsplan vorgenommen. So erhielten zum Beispiel die Kommunen zusätzliche Mittel, um die anfallenden Mehrkosten in der medizinischen Versorgung tragen zu können. Zusätzlich wurde Kurzarbeit ermöglicht und die Arbeitgeberbeiträge der Sozialversicherungen sowie Kredithürden wurden gesenkt.<sup>6</sup> Die Prognosen im Mitte April 2020 von der Regierung vorgelegten Budgetvorschlag für das Frühjahr gehen von einem Rückgang des Bruttonationalproduktes von über 4 Prozent und einem gleichzeitigen Anstieg der Arbeitslosenquote auf 9 Prozent für das Jahr 2020 trotz geöffneter gastronomischer Einrichtungen und Geschäfte aus. Als stark exportorientiertes Land spürte Schweden jedoch massiv Nachfrageeinbrüche im nationalen und internationalen Handel. Der vorgelegte Haushalt sieht eine Erhöhung um 350 Mrd. Kronen vor, um eine gute Grundlage für die Zeit nach der Pandemie zu schaffen. Die Regierung betonte, dass hier besonders auf „grüne Jobs“ gesetzt

---

2 Regeringskansliet: Strategi med anledning av det nya coronaviruset, 7.4.2020, abrufbar unter: <https://www.regeringen.se/regeringens-politik/regeringens-arbete-med-anledning-av-nya-coronaviruset/strategi-med-anledning-av-det-nya-coronaviruset/> (letzter Zugriff: 23.9.2020).

3 Socialstyrelsen: Statistik om smittade och avlidna med covid-19 bland äldre efter boendeform, 5.6.2020, abrufbar unter: <https://www.socialstyrelsen.se/statistik-och-data/statistik/statistik-om-covid-19/statistik-om-covid-19-bland-aldre-efter-boendeform/> (letzter Zugriff: 23.9.2020); SVT Nyheter: Över 400 smittade av covid-19 på äldreboenden i Stockholms län, 4.4.2020.

4 Novus: Coronastatus 0420, 20.4.2020, abrufbar unter: <https://novus.se/coronastatus-0420-2/> (letzter Zugriff: 24.7.2020).

5 Novus: Väljarbarometer Arkiv, 25.6.2020, abrufbar unter: <https://novus.se/valjarbarometer-arkiv/novus-svt-juni-socialdemokraterna-uppatgaende-trend-bryts-moderaterna-starker-sin-oppositionsroll/> (letzter Zugriff: 24.7.2020).

6 Regeringskansliet: Ekonomiska åtgärder för 2020 till följd av virusutbrottet, 16.3.2020, abrufbar unter: <https://www.gov.se/sveriges-regering/finansdepartementet/statens-budget/ekonomiska-atgarder-med-anledning-av-covid-19/> (letzter Zugriff: 23.9.2020).

werden solle. Schweden hat im Vergleich zu wirtschaftlich schwächeren Ländern eine gute Ausgangsgrundlage, das anfallende Minus durch umfassende finanzielle Unterstützungen und den gleichzeitigen Abfall von Steuereinnahmen bewältigen zu können.<sup>7</sup>

### Bandenkriminalität

Vor der Gesundheitskrise hielt das Problem der organisierten Bandenkriminalität, insbesondere in ärmeren, multiethnischen Vororten der großen Städte, Schweden in Atem. Im Herbst 2019 eskalierte die Gewalt in Form von zahlreichen Bombenanschlägen und Schießereien auf offener Straße, oft mit tödlichem Ausgang. Im November 2019 wurde das Problem zum „landesweiten besonderen Ereignis“ erklärt und eine Sondereinheit der Polizei mit besonderen Befugnissen eingerichtet.<sup>8</sup> Dieser Schritt stellte die Bandenkriminalität auf eine Stufe mit dem Terroranschlag in Stockholm 2017 und der Flüchtlingskrise 2015 und unterstreicht die besondere Problematik der Ereignisse. Doch Politik und Polizei bekamen das Problem nicht in den Griff. Die Schwedendemokraten trieben die Regierung vor sich her und profitierten in Umfragen von deren Hilflosigkeit und vom eigenen Werben für eine restriktive Law-and-Order-Politik. Sie strengten sogar ein Misstrauensvotum gegen Justizminister Morgan Johansson im Parlament an, das jedoch von einer Mehrheit aus Regierungs- und deren Unterstützerparteien abgelehnt wurde. Aus Furcht vor einem Export der Bandengewalt aus Schweden begann die dänische Polizei ab November 2019 wieder verstärkt an der gemeinsamen Grenze zu kontrollieren.

### Europapolitik

In den Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027 wiederholte die schwedische Regierung mehrfach ihre Position, dass im Zuge des Austritts des Vereinigten Königreichs das EU-Budget verkleinert werden müsse und der schwedische Beitrag nicht steigen dürfe. Das Budget solle 1 Prozent der EU-Gesamtwirtschaftsleistung nicht übersteigen. Schweden wünscht ein „modernes Budget“ mit Fokus auf gemeinsamen Maßnahmen in den Bereichen Sicherheit, Migration, Wettbewerbsfähigkeit, Forschung, Umwelt und Klima, und weniger auf Landwirtschaft und Kohäsion abzielende Programme.<sup>9</sup> Um diese Haltung durchzusetzen, schloss sich Schweden im Rahmen der sogenannten „Sparsamen Vier“ mit den gleichgesinnten Dänemark, Niederlanden und Österreich, allesamt Nettobeitragszahler, zusammen.<sup>10</sup> Wie die anderen drei forderte auch Schweden Rabatte für sich. Während der Verhandlungen über den europäischen Wiederaufbauplan setzten sich die Sparsamen Vier dafür ein, dass finanzielle Hilfen überwiegend in Form von Krediten statt von Zuschüssen, die durch gemeinsame Schulden gedeckt werden, gewährt werden. Die Kreditvergabe sollte zudem an Bedingungen geknüpft sein (zum Beispiel an die Durchführung von Reformen), beaufsichtigt werden sowie temporär, zielgerichtet und proportional sein.<sup>11</sup> Statt hohen Zuschüssen für einzelne Länder sähe Schweden lieber gemeinsame Investitionen zum Beispiel ins 5G-Netz, Stromnetze oder Schie-

7 Regeringskansliet: Vårbudgeten 2020 på fem minuter, 15.4.2020, abrufbar unter: <https://www.regeringen.se/artiklar/2020/04/varbudgeten-2020-pa-fem-minuter/> (letzter Zugriff: 23.9.2020).

8 Kai Strittmatter: Krieg der Gangs, in: Süddeutsche Zeitung, 12.11.2019.

9 Regeringskansliet: Sveriges övergripande prioriteringar i förhandlingarna till EU:s långtidsbudget, 12.11.2019, abrufbar unter: <https://www.regeringen.se/regeringens-politik/eus-langtidsbudget-mff/sveriges-fem-overgripande-prioriteringar-i-budgetforhandlingen/> (letzter Zugriff: 23.9.2020).

10 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Haushaltspolitik“ in diesem Jahrbuch.

11 Regeringskansliet: Langtidsbudget och brexit pa EU-möte, 12.6.2020, abrufbar unter: <https://www.regeringen.se/artiklar/2020/06/langtidsbudget-och-brexit-pa-eu-mote/> (letzter Zugriff: 23.9.2020).

nensysteme, die Werte für die gesamte EU schaffen.<sup>12</sup> Die Initiative zur Gründung der informellen Gruppe der Sparsamen Vier kam allerdings nicht aus Schweden und auch im Zuge der Verhandlungen taten sich die niederländischen und österreichischen Regierungschefs Mark Rutte und Sebastian Kurz als Wortführer hervor. Schweden und Dänemark wirkten zumindest in der Außenwahrnehmung eher wie Mitläufer. Dennoch passt Schwedens sparsame Position bei der Mittelvergabe in die schwedische Tradition einer zurückhaltenden und vorsichtigen Europapolitik, mit der man der eigenen Bevölkerung nicht zu viel zumuten möchte, insbesondere im Hinblick auf die starken europaskeptischen Kräfte im Land.

Die 2015 eingeführten Grenzkontrollen wurden im Oktober 2019 und erneut im Mai 2020 um jeweils ein weiteres halbes Jahr aufgrund der weiterhin bestehenden Bedrohung der inneren Sicherheit Schwedens verlängert. Im Kontext der Bekämpfung der Covid-19-Pandemie schloss Schweden jedoch anders als seine nordischen Nachbarstaaten Dänemark, Finnland und Norwegen seine Grenzen für EU- und EWR-BürgerInnen nicht. Als erstgenannte Länder im Juni und Juli 2020 ihre Grenzregime wieder lockerten, blieben ihre Grenzen aufgrund der dann nach wie vor kritischen Infektionslage in Schweden für schwedische BürgerInnen geschlossen. In Verbindung mit dem andersartigen Krisenmanagement Schwedens führte dies zu Verstimmungen unter den nordischen Ländern, die im Normalfall eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten.

Vor dem Hintergrund der jüngeren Entwicklungen besteht die Gefahr, dass sich Schweden im Norden wie in Europa isoliert und als Land, das eigentlich eine Tradition internationaler Solidarität kennt, aufgrund seiner harten Haltung in finanziellen Fragen von anderen europäischen Ländern im Kontext der aktuellen Gesundheits- und Wirtschaftskrise als unsolidarisch wahrgenommen wird. Doch gerade als Land, das selbst hart von der Covid-19-Pandemie getroffen wurde, liegt es in Schwedens eigenem Interesse, Europa zu stützen.

### **Weiterführende Literatur**

Anders Schröder: Eine (nicht uneingeschränkte) Verteidigung der ‚Sparsamen Vier‘, 8.6.2020, abrufbar unter: <https://www.boell.de/de/verteidigung-der-sparsamen-vier> (letzter Zugriff: 23.9.2020).

---

12 Zeit Online: Mehrere Länder sprechen sich gegen EU-Wiederaufplan aus, 27.5.2020.